

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates  
am Montag, den 18.07.2022 um 14:30 Uhr  
Festhalle Pirmasens, Volksgartenstraße

---

<b>Gesetzliche Mitgliederanzahl</b>	<b>45</b>
<b>Anwesend sind</b>	<b>36</b>

### **Und zwar**

#### Vorsitzender

Herr Markus Zwick

#### Beigeordnete

Herr Denis Clauer

Herr Michael Maas

#### Mitglieder

Herr Jürgen Bachert

Herr Florian Bilic

Herr Tapani Braun

Herr Dieter Clauer

Herr Wolfgang Deny

Herr Dr. Florian Dreifus

Frau Ulla Eder

Herr Frank Eschrich

Frau Stefanie Eyrisch

Frau Katja Faröß-Göller

Frau Brigitte Freihold

Herr Frank Fremgen

Herr Jürgen Hartmann

Herr Thomas Heil

Herr Wolfgang Hendrichs

Frau Heidi Kiefer

Herr Florian Kircher

Herr Hartmut Kling

Frau Susanne Krekeler

Frau Brigitte Linse

Frau Gabriele Mangold

Herr Dr. Bernhard Matheis

Herr Jürgen Meier

Herr Ralf Müller

Frau Uschi Riehmer

Herr Philipp Scheidel

Frau Sabine Schunk

Herr Tobias Semmet

Frau Annette Sheriff

Herr Berthold Stegner  
Herr Jürgen Stilgenbauer  
Herr Sebastian Tilly  
Herr Manfred Vogel  
Herr Erich Weiß  
Herr Heinrich Wölfling

Protokollführung

Frau Anne Vieth

von der Verwaltung

Herr Jörg Bauer  
Herr Heiko Burkhart  
Herr Daniel Durm  
Herr Guido Frey  
Frau Annette Legleitner  
Herr Oliver Minakaran  
Herr Karsten Schreiner

Zur Sitzung hinzugezogen

Herr Andreas Schuder

Herr Erwin Merz

Stadt + Handel Beckmann und Föhrer Stadt-  
planer GmbH (TOP 2)  
Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH  
(TOP 5)

Zu Ausbildungszwecken anwesend

Frau Sarah Geßner

Abwesend:

Mitglieder

Frau Edeltraut Buser-Hussong  
Herr Maurice Croissant  
Herr Gerhard Hussong  
Herr Jochen Knerr  
Herr Bernd Schwarz  
Herr Ferdinand L. Weber  
Herr Bastian Welker  
Herr Steven Wink  
Frau Regina Zipf

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung der Ratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die folgende

#### Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde (ab 16.00 Uhr)
2. Vollzug des Landesplanungsgesetzes (LPIG § 17), Raumordnungsverfahren mit integriertem Zielabweichungsverfahren für die Erweiterung des "Zweibrücken Fashion Outlet" - Stellungnahme der Stadt Pirmasens
3. Erweiterung Städtebaufördergebiet SZ-2 Horeb (Programm Sozialer Zusammenhalt)
4. Vollzug des Baugesetzbuchs (BauGB);  
Aufhebung des Bebauungsplans P 011 „Schlossstraße, Rodalber Straße, Zwingerstraße, Herzogstraße, Christiansgasse, Horebstraße und Klosterstraße“  
Aufhebung des Bebauungsplans P 011a „Schlossstraße, Rodalber Straße, Zwingerstraße, Herzogstraße, Christiansgasse, Horebstraße und Klosterstraße - Änderungsplan I“  
Aufstellung des Bebauungsplans P 203 „Höfelsgasse“
  1. Beschluss zur Einleitung des Aufhebungsverfahrens des Bebauungsplans P 011
  2. Beschluss zur Einleitung des Aufhebungsverfahrens des Bebauungsplans P 011a
  3. Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans P 203
  4. Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB
  5. Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB
  6. Beschluss des Vorentwurfs zum Bebauungsplan P 203
5. Personalsituation in der Pflege
6. Modellprojekt "Interkommunale Zusammenarbeit Südwestpfalz" - Letter of Intent
7. Einführung einer Vergabeermächtigung für Auftragsvergaben
8. Messe Pirmasens GmbH;
  1. Kostentragung Stadt
  2. Vollzug des § 88 Abs. 1 Gemeindeordnung, Weisung an den Vertreter der Stadt Pirmasens in der Gesellschafterversammlung der Messe Pirmasens GmbH
9. Auftragsvergaben
  - 9.1. Digitalpakt - BBS Pirmasens, Installation von Daten- und Elektroleitungen (Geb. C+E)
  - 9.2. 73 Generalsanierung BBS - Gebäude "A" - Los 13 Estricharbeiten -

## Auftragserweiterung

10. Anträge der Fraktionen
  - 10.1. Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, FDP-Stadtratsfraktion, FWB-Stadtratsfraktion und der Stadtratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 06.07.2022 bzgl. "Begrüßungspaket"
11. Beantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder

## zu 1      **Einwohnerfragestunde (ab 16.00 Uhr)**

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

## zu 2      **Vollzug des Landesplanungsgesetzes (LPIG § 17), Raumordnungsverfahren mit integriertem Zielabweichungsverfahren für die Erweiterung des "Zweibrücken Fashion Outlet" Stellungnahme der Stadt Pirmasens Vorlage: 1463/II/61/2022**

Der Vorsitzende zeigt auf, wie bereits berichtet, plane das Outlet Zweibrücken eine weitere Erweiterung der Verkaufsflächen um 8.500 m<sup>2</sup>. Seit 2001 sei dies die 5. Erweiterung. Pirmasens sei daran insoweit beteiligt, als die Stadt zur Stellungnahme zu dem Verfahren aufgefordert worden sei. Die Frist zur Abgabe der Stellungnahme ende am 31.07.2022.

In der Vergangenheit habe der innerstädtische Einzelhandel in Pirmasens erheblich unter dem Outlet gelitten. Aber Pirmasens habe sich mit dem "Ist-Zustand" des heutigen Outlet arrangiert. Somit erkenne die Stadt durchaus die Bedeutung des Outlets für die Region, beispielsweise die dort bestehenden Arbeitsplätze. Trotzdem bestünden berechtigte Sorgen zu einer erneuten Erweiterung. Die Frage die sich stelle sei, ob durch die Erweiterung eine weiter Schädigung für die Pirmasenser Innenstadt entstehe oder ob die Erweiterung für Pirmasens tatsächlich weitgehend neutral sei.

Die Stadt habe sich hierzu bisher noch nicht abschließend positioniert. Man wolle das Thema sachlich angehen. Eine reflexhafte Ablehnung des Projekts solle nicht erfolgen, sondern ein objektives Bild solle geschaffen werden. Deshalb habe die Stadt einen Fachmann hinzugezogen, Herrn Schuder. Dieser habe eine gutachterliche Stellungnahme und Einschätzung abgegeben. Leider bestätige die fachliche Stellungnahme die Sorgen und Befürchtungen der Verwaltung. Die Erweiterung lasse nicht hinnehmbare negative Auswirkungen auf die Pirmasenser Innenstadt erwarten. Aufgrund dessen schlage die Verwaltung vor, sich gegen die Erweiterung auszusprechen, um die Pirmasenser Innenstadt zu schützen.

Zu den fachlichen Hintergründen würden Herr Schreiner und Herr Schuder in der heutigen Sitzung berichten.

Sodann bezieht sich Herr Schreiner auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtplanung vom 19.05.2022.

Ratsmitglied Hendrichs bedankt sich für die Vorstellung. In den letzten Jahren habe Zweibrücken mehrmals das Outlet weiterentwickelt. Er fragt an, wie viel freie Flächen noch zur Verfügung stünden.

Herr Schreiner zeigt auf, der jetzige Stand schließe eine weitere Erweiterung aus. Um weitere Flächen entwickeln zu können müsse der jetzige Stand umgeplant werden, wie zum Beispiel der Wegfall der Parkplätze oder Rückbau von bestehenden Gebäuden. Mit der jetzigen Erweiterung sei somit erstmal Schluss.

Ratsmitglied Tilly fragt an, ob die Verwaltung Erkenntnisse hätte, welcher Segmentsbereich geplant sei und ob es sich um Luxusgeschäfte handele.

Herr Schreiner zeigt auf, überwiegend seien Bekleidungs-, Schuhe-, Leder-, Spielwaren und Optik geplant. Bezüglich der Luxusgeschäfte teilt er mit, dass bereits jetzt teilweise Luxussegmente vorhanden seien.

Ratsmitglied Kircher erklärt, der Stadtrat der Stadt Zweibrücken habe Spielwaren und Bücher untersagt.

Herr Schreiner teilt mit, der Zweibrücker Stadtrat habe nur einzelne Segmente untersagt, jedoch nicht die Erweiterung.

Herr Schuder stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 1 zur Niederschrift) die Stellungnahme im Kontext der geplanten Erweiterung des Zweibrücken Fashion Outlet (ZFO) – wesentliche Ergebnisse vor.

Ratsmitglied Eyrisch führt aus, in Rheinland-Pfalz sei zurzeit Zeugniszeit. Das Ecostra-Gutachten erhalte von ihr mangelhaft beziehungsweise ungenügend. Sie zitiert die Ziele des Landesentwicklungsplans. Hier seien die ursprünglichen Ziele festgelegt worden, gegen die jedoch öfter verstoßen worden sei, in Zweibrücken nun zum 5-Mal. Sie fragt an, weshalb ein Landesentwicklungsplan vorhanden sei, wenn dieser nicht eingehalten werde. Deshalb erhalte die Landesregierung die gleiche Note wie das Ecostra-Gutachten von ihr.

Ratsmitglied Tilly bedankt sich für die ausführlichen Darstellungen. Zur Region gehöre nicht nur Pirmasens sondern auch Zweibrücken, wodurch die Umsätze in der Region blieben. Er erklärt, aus der Sicht von Zweibrücken sei die Erweiterung nachvollziehbar. Jedoch müsse auch der Blick auf Pirmasens gerichtet werden. Die Entwicklungen in der Innenstadt seien teilweise dem Outlet zuzuschreiben, aber auch teils der Regierung und der Stadtspitze, denn gegen die negativen Entwicklungen in der Innenstadt sei 20 Jahre nichts unternommen worden. Auch andere Innenstädte seien von den negativen Entwicklungen betroffen. Sollte nun die Erweiterung umgesetzt werden, sei mit weiteren negativen Entwicklungen für Pirmasens zu rechnen. Positiv zu verzeichnen seien die Arbeitsplätze für Pirmasens, die bereits bestehen, aber auch entstehen würden. Trotz allem lehne die Stadtratsfraktion SPD die Erweiterung des Outlets ab.

Ratsmitglied Eschrich erklärt, die Argumente der Verwaltung seien schlagkräftig, weshalb der Stellungnahme zugestimmt werde. Er fragt an, wie es nach der Zustimmung der Landesregierung weitergehe und ob Pirmasens danach klagen würde.

Der Vorsitzende zeigt auf, bei dem jetzigen Verfahren liegen keine Rechtsmittel vor. Zuerst sollte abgewartet werden, ob eine Genehmigung erfolge. Danach solle im Stadtrat darüber gesprochen werden, welche rechtlichen Möglichkeiten vorliegen und ob eine Klage erfolgen solle.

Ratsmitglied Weiß teilt mit, laut den Zahlen des Einzelhandelsverbandes würden für jeden Job im Outlet zwei Arbeitsplätze im traditionellen Einzelhandel wegfallen. Sollte der Bedarf gedeckt sein, würden keine weiteren Arbeitsplätze entstehen, somit entstehe ein negativer Saldo.

Der Stadtrat beschließt bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich:

Der Stadtrat nimmt die fachlichen Informationen zur Kenntnis und schließt sich der ausgearbeiteten Stellungnahme des Stadtplanungsamts an.

**zu 3 Erweiterung Städtebaufördergebiet SZ-2 Horeb (Programm Sozialer Zusammenhalt)  
Vorlage: 1503/II/61/2022**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtplanung vom 23.06.2022.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Erweiterung des Städtebaufördergebiets SZ-2 Horeb im Bereich Ottostraße und Wagenstraße wird beschlossen. Die neue Gebietsabgrenzung ist die Grundlage für die künftige Städtebauförderung in diesem Gebiet und für den Förderantrag 2022 auf Bewilligung von Städtebauförderungsmitteln.

**zu 4 Vollzug des Baugesetzbuchs (BauGB);  
Aufhebung des Bebauungsplans P 011 „Schlossstraße, Rodalber Straße, Zwingerstraße, Herzogstraße, Christiansgasse, Horebstraße und Klosterstraße“  
Aufhebung des Bebauungsplans P 011a „Schlossstraße, Rodalber Straße, Zwingerstraße, Herzogstraße, Christiansgasse, Horebstraße und Klosterstraße - Änderungsplan I“  
Aufstellung des Bebauungsplans P 203 „Höfelsgasse“**

- 1. Beschluss zur Einleitung des Aufhebungsverfahrens des Bebauungsplans P 011**
  - 2. Beschluss zur Einleitung des Aufhebungsverfahrens des Bebauungsplans P 011a**
  - 3. Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans P 203**
  - 4. Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB**
  - 5. Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB**
  - 6. Beschluss des Vorentwurfs zum Bebauungsplan P 203**
- Vorlage: 1500/II/61/2022**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtplanung vom 22.06.2022.

Der Stadtrat beschließt bei einer Gegenstimme mehrheitlich:

1. Die Einleitung des Verfahrens zur Aufhebung des Bebauungsplans P 011 wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 8 BauGB beschlossen.
2. Die Einleitung des Verfahrens zur Aufhebung des Bebauungsplans P 011a wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 8 BauGB beschlossen.
3. Die Aufstellung des Bebauungsplans P 203 wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Aufhebungsverfahren zum P 011 und P 011a sowie des Aufstellungsverfahrens zum P 203 die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB durchzuführen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Aufhebungsverfahren zum P 011 und P 011a sowie des Aufstellungsverfahrens zum P 203 die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

6. Die Begründung zur Aufhebung der Bebauungspläne P 011 und P 011a sowie der Vor-entwurf des Bebauungsplans P 203, bestehend aus Planzeichnung, Textlichen Festset-zungen und Begründung, sind Bestandteile des Beschlusses und den Beteiligungen zu Grunde zu legen.

## **zu 5            Personalsituation in der Pflege**

Der Vorsitzende zeigt auf, in der letzten Stadtratssitzung sei über die Personalsituation bei den Ärzten informiert worden. In der heutigen Sitzung solle nun auf die Situation in der Pfl-ege hingewiesen werden, denn der Fachkräftemangel sei auch in der Pflege enorm.

Das Städtische Krankenhaus stemme sich dem mit Macht entgegen. Zum einen mit einer eigenen Pflegeschule, guten Arbeitsbedingungen, Akquisen im Ausland und vielem mehr. Herr Merz, der seit Januar als Geschäftsführer auch am neuen Standort Rodalben tätig sei, werde hierüber berichten.

Sodann stellt Herr Merz anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 2 zur Niederschrift) das Personalmanagement der Pflege vor.

Der Vorsitzende fügt hinzu, durch die eigene Pflegeschule würde jede geeignete Person ausgebildet, jedoch gebe es nicht genügend junge Leute, die einen Pflegeberuf erlernen möchten. Allerdings würde daran gearbeitet, Nachwuchs zu gewinnen.

Ratsmitglied Eyrisch erklärt, das Anwerben von ausländischen Hilfspersonal habe zwei Sei-ten. Zum Beispiel könne kritisch bewertet werden, dass Humankapital im Ausland abfließe. Allerdings benötige das Krankenhaus dringend Personal. In anderen Einrichtungen sei bei ausländischen Hilfskräften eine kürzere Verweildauer zu verzeichnen, da die Integration feh-le. Dies sei in Pirmasens nicht der Fall, denn hier würde sich gut um die Personen geküm-mert. Sie dankt Herrn Merz und dessen Team für die geleistete Arbeit.

Ratsmitglied Tilly dankt für die Darstellung sowie die geleistete Arbeit. Feststehe, dass in Deutschland ein Pflegenotstand bestehe und ein kreativer Weg gefunden werden müsse, um Personal gewinnen zu können. Er fragt an, ob ebenfalls eine Kooperation mit Frankreich bestehe.

Herr Merz zeigt auf, eine Kooperation mit Frankreich bestehe nicht, denn dort würden Pfl-egekräfte mehr verdienen.

Sodann bedankt sich der Vorsitzende bei Herrn Merz und dessen Mitarbeitern.

## **zu 6            Modellprojekt "Interkommunale Zusammenarbeit Südwestpfalz" - Letter of Intent Vorlage: 1506/I/10.3/2022**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Be-schlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 05.07.2022.

Ratsmitglied Tilly teilt mit, die Stadtratsfraktion SPD begrüße die interkommunale Zusam-menarbeit und es sei an der Zeit diese umzusetzen.

Der Vorsitzende zeigt auf, schon seit längerer Zeit arbeite die Stadt mit dem Landkreis und der Stadt Zweibrücken in vielen Bereichen zusammen. Nun solle die Zusammenarbeit durch die erhaltene Förderung weiter ausgebaut werden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Stadtrat stimmt der Unterzeichnung des als Anlage beigefügten Letter of Intent (siehe Anlage 3 zur Niederschrift) der Gebietskörperschaften Landkreis Südwestpfalz, Stadt Zweibrücken und Stadt Pirmasens zur Durchführung des „IKZ-Modellvorhabens Südwestpfalz“ zu.

## **zu 7 Einführung einer Vergabeermächtigung für Auftragsvergaben**

Der Vorsitzende zeigt auf, in der vergangenen Sitzung sei das Thema Vergabeermächtigung vorgestellt worden. Die Verwaltung habe vorab einen Vorschlag erarbeitet, der vor der Hauptausschusssitzung mit dem Ältestenrat abgestimmt worden sei.

In der letzten Sitzung sei eine Kenntnisnahme durch den Hauptausschuss erfolgt. Heute erfolge diesbezüglich nochmals eine Informationsvorlage um ein Stimmungsbild einholen zu können. Nur bei einer breiten Unterstützung durch den Stadtrat solle das Thema weiterverfolgt werden.

Dieser Vorschlag sei nicht auf Antrieb des Standvorstandes erfolgt. Für diesen sei eine engmaschige Beschlussfolge sogar vorteilhaft. Trotzdem unterstütze die Stadtspitze den Vorschlag der Verwaltung, denn dieser würde für die Verwaltung das Verfahren beschleunigen, verbessern und Bürokratie abbauen.

In der heutigen Sitzung würde Herr Minakaran dieses Thema nochmals vorstellen. Vorab jedoch möchte er wichtige Fakten vorstellen.

Der Vorschlag solle den Stadtrat nicht in seinen Rechten beschneiden, denn der Stadtrat behalte weiterhin seine Entscheidungsrechte. Auch sei das Verfahren gesetzlich zulässig und werde andernorts bereits erfolgreich praktiziert. Ebenfalls behalte der Stadtrat die volle Transparenz über die Entwicklung der Projekte.

Sodann stellt Herr Minakaran anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 4 zur Niederschrift) das Verfahren der Vergabeermächtigung vor. Er fügt hinzu, der Vorschlag sei vom Rechnungsprüfungsamt und den Fachämtern erarbeitet worden. Der Sitzungsdienst habe diese kritisch und im Sinne des Rates geprüft und bewertet ihn positiv.

Ratsmitglied Dr. Dreifus bedankt sich für die ausführliche Darstellung von Herrn Minakaran und den Vorschlag einer Testphase. Weiterhin sei es wichtig, dass sich der Rat die Zeit nehme, diesen Vorschlag ausführlich zu beraten um gegebenenfalls die Arbeitsabläufe in der Verwaltung verbessern zu können.

Ratsmitglied Tilly bittet, die vorgestellte Präsentation im Nachgang zur Sitzung den Ratsmitgliedern zur Verfügung zu stellen. Er betont, die Stadtratsfraktion SPD sehe dieses Thema zum jetzigen Zeitpunkt kritisch, weshalb dieses nochmals intern diskutiert werden sollte. Er fragt an, wie der Stadtrat beziehungsweise Hauptausschuss nach Erteilung der Vergabeermächtigung über die Auftragsvergaben informiert würde.

Herr Minakaran erklärt, die Auftragsvergaben sollen in einer öffentlichen Sitzung als eigener Tagesordnungspunkt eingebracht werden.

Ratsmitglied Eschrich führt aus, solch ein „Rumgeeier“ habe er im Stadtrat selten gehört. Bereits in der heutigen Sitzung hätte der Stadtrat über dieses Vorhaben beschließen sollen. Durch den öffentlichen Drucken rudere die Verwaltung allerdings zurück.

Der Vorsitzende zeigt auf, die Beschlussvorlage bestehe weiterhin und sei nicht verändert worden. Jedoch wollte die Verwaltung nochmals Transparenz schaffen, da in der vergangenen Sitzung ein falsches Bild entstanden sei.

Daraufhin erwidert Ratsmitglied Eschrich, dass dieses Vorhaben keine Entlastung sondern eine Entrechtung des Stadtrates darstelle.

Herr Minakaran betont, rechtlich erfolge die Umstellung ausschließlich durch eine Zuständigkeitsregelung in der Hauptsatzung.

Ratsmitglied Stegner erklärt, der Informationsfluss bei einer Vergabeermächtigung sei wichtig, denn der Stadtrat müsse in jeder Phase politische Fehler vermeiden können. Er fragt an, ob das vorgeschlagene Verfahren rechtlich konform sei.

Dies bejaht Herr Minakaran mit Hinweis auf die Praxis in anderen Städten und die Meinung von Vergaberechtsexperten.

Weiterhin fragt Ratsmitglied Stegner an, wie die Haltung des Landes zu diesem Thema sei.

Herr Minakaran führt aus, eine konkrete Haltung zu dem Thema sei nicht bekannt. Aus Gesprächen mit dem Rechnungsprüfungsamt wisse er aber, dass dort eine Praxis wie die vorgeschlagene durchaus bekannt sei und nicht beanstandet werde.

Ratsmitglied Tilly ist stutzig über die getätigte Aussage von Herrn Minakaran bezüglich der Aussage des Ministeriums. Er bittet daher, einen Vertreter einer anderen Kommune, in der das Verfahren bereits eingeführt sei, in eine der kommenden Sitzungen einzuladen. Dieser könne den Ratsmitgliedern seine Erfahrungen berichten.

Ratsmitglied Vogel erklärt abschließend, das was hier passiere sei kein Rumgeeiere sondern genau das, was einen Stadtrat ausmache. Denn in der heutigen Sitzung würde nochmals aufgeklärt, Nachfragen könnten gestellt werden und es werde ausführlich diskutiert.

**zu 8            Messe Pirmasens GmbH; 1. Kostentragung Stadt 2. Vollzug des § 88 Abs. 1  
Gemeindeordnung, Weisung an den Vertreter der Stadt Pirmasens in der  
Gesellschafterversammlung der Messe Pirmasens GmbH  
Vorlage: 1504/I/40/2022**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Schulverwaltungsamtes vom 23.06.2022.

Herr Frey stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 5 zur Niederschrift) die aktuelle Situation der Messe Pirmasens GmbH vor.

Ratsmitglied Eschrich bittet um eine einzelne Abstimmung der Punkte 1 und 2.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Von den städtischen Forderungen an die Messe Pirmasens GmbH für das Geschäftsjahr 2022 übernimmt die Stadt Pirmasens durch alleinige Kostentragung die Personalaufwendungen für die Hausmeister und Reinigungskräfte.

Der Stadtrat beschließt bei 3 Gegenstimmen mehrheitlich:

2. Vollzug des § 88 Abs. 1 Gemeindeordnung;  
An den jeweiligen Vertreter der Stadt Pirmasens in der Gesellschafterversammlung der Messe Pirmasens GmbH ergeht die Weisung, wie folgt zu beschließen:
  - a) Die Feststellung des Jahresabschlusses 2020 der Messe Pirmasens GmbH mit einem Jahresfehlbetrag von 441.890,07 € wird beschlossen.
  - b) Die Entlastung der Geschäftsführung durch Herrn Guido Frey bei der Messe Pirmasens GmbH im Geschäftsjahr 2020 wird beschlossen.
  - c) Der Wirtschaftsplan 2022 für die Messe Pirmasens GmbH mit einem geplanten Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.596.200,-- € und die Finanzplanung 2022-2025 wird beschlossen.
  - d) Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Hopmeier & Stegner aus Pirmasens wird für das Geschäftsjahr 2021 zum Abschlussprüfer bestellt.

## **zu 9        Auftragsvergaben**

### **zu 9.1      Digitalpakt - BBS Pirmasens, Installation von Daten- und Elektroleitungen (Geb. C+E) Vorlage: 1501/II/69/2022**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Gebäudemanagements vom 22.06.2022.

Er teilt mit, sieben Firmen seien zur Angebotsabgabe aufgefordert worden. 3 Bieter hätten daraufhin ein Angebot abgegeben. Der Auftrag solle an die Firma Stoller Elektrotechnik GmbH aus Pirmasens, zum Angebotspreis von 227.652,58 € vergeben werden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Es wird empfohlen für die Installation von Datenleitungen, sowie den Umbau von Elektroleitungen in den Klassenräumen der BBS Pirmasens (Geb. C+E) im Zuge des Digitalpaktes die **Firma Stoller Elektrotechnik GmbH**, Friedhofstraße 15, 66953 Pirmasens zur Auftragssumme von **227.652,58 € (brutto)** zu beauftragen.

**zu 9.2 73 Generalsanierung BBS - Gebäude "A" - Los 13 Estricharbeiten - Auf-  
tragserweiterung  
Vorlage: 1508/II/65.2/2022**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Hochbauamtes vom 08.07.2022.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Auftrag für das Los 13 Estricharbeiten – Gussasphaltestrich vom 19.12.2021, an die **Firma Kurt Bau GmbH**, aus Weiterstadt, in Höhe von 195.577,80 € (brutto) wird um 74.970,34 € auf 274.548,14 € (brutto) erweitert.

**zu 10 Anträge der Fraktionen**

**zu 10.1 Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, FDP-Stadtratsfraktion,  
FWB-Stadtratsfraktion und der Stadtratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen  
vom 06.07.2022 bzgl. "Begrüßungspaket"**

Ratsmitglied Stilgenbauer begründet den Antrag laut schriftlicher Antragsbegründung (siehe Anlage 6 zur Niederschrift).

Der Vorsitzende zeigt auf, die Idee des Antrages sei gut und würde in der Verwaltung beraten.

Ratsmitglied Kircher schlägt vor, den neuen Bürgerinnen und Bürgern einen Kasten Parkbräu-Bier in das Paket einzupacken.

Der Vorsitzende erklärt, die neuen Bürgerinnen und Bürger sollten nicht gleich mit einem Kasten erschlagen werden.

Ratsmitglied Tilly begrüßt den Antrag. Er wundere sich allerdings über den Zeitpunkt der Antragsstellung nach einem Koalitionsstreit.

Ratsmitglied Bilic schlägt vor, Gutscheine von Pirmasenser Kneipen hinzuzufügen.

**zu 11 Beantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder**

**zu 11.1 Beantwortung von Anfragen**

**zu 11.1.1 Anfrage von Ratsmitglied Weber vom 02.05.2022 bzgl. "Bunkeranlagen in Pirmasens"**

Der Vorsitzende teilt mit, die Beantwortung dieser Anfrage (siehe Anlage 7 zur Niederschrift) würde im Nachgang zur Sitzung hochgeladen.

## zu 11.2 Informationen

### zu 11.2.1 Energiekrise - Ausblick in den Herbst

Der Vorsitzende zeigt auf, in der Folge des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine würden die Energiepreise explodieren. Dadurch entstünden nicht absehbare Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger. Als Einsatzleiter im Katastrophenschutzfall habe er den bestehenden Verwaltungsstab für Katastrophenschutz einberufen und sensibilisiert. Die größtmögliche Schadensfolge im Zusammenhang mit dem Krieg sei ein Blackout und flächendeckender Stromausfall. Die Vertreter der kritischen Infrastruktur seien ebenfalls zum Verwaltungsstab hinzugezogen worden.

Darüber hinaus habe man sich einen Überblick über die zu beatmenden Patienten in Heimen verschafft. Bezüglich der Gasmangellage und des Ausrufs der Warnstufe II tage der Verwaltungsstab am 20.07.2022. Hier sei das oberste Ziel, die Energiegrundsicherung für die kritische Infrastruktur und kurz-, mittel- und langfristige Energieeinsparpotentiale innerhalb städtischer Liegenschaften zu identifizieren. Möglich sei eine Abschaltung der abendlichen Illumination öffentlicher Gebäude und Denkmäler. Zum Beispiel würden die Beleuchtungen des Rathauses, der Alten Post sowie des Wasserturms abgeschaltet. Die Ampelschaltungen seien bereits seit 2011 abgeschaltet, ausgenommen seien hierbei neuralgische Punkte. Straßenbeleuchtungen seien ebenfalls seit 2011 auf LED umgestellt. Auch sei das Hallenbad Plub geschlossen.

Sämtliche Maßnahmen würden dabei auch einer haftungsrechtlichen Prüfung unterzogen. Hierzu sei die Verwaltung mit dem Land im engen Austausch um landesweit einheitlich vorzugehen. Ein Maßnahmenkatalog, der mögliche Einsparpotentiale aufzeige, um den Energieverbrauch kommunaler Liegenschaften noch konsequenter als bisher zu senken, werde aktuell erstellt und nach der Sommerpause vorgestellt. In der Prüfung seien ebenfalls die möglichen Kälte- und Hilfsstrukturen wie etwa die Errichtung von Wärmehallen.

Um im Katastrophenfall bestmöglich gerüstet zu sein, würden die Alarm- und Einsatzpläne regelmäßig angepasst und es fänden regelmäßige Übungen statt.

Vor dem Hintergrund der Flutkatastrophe im Ahrtal, finde am 23.07.2022 eine Großübung der Rettungskräfte statt. Im Mittelpunkt des neuen Einsatzkonzepts im Praxistest stehe die Erprobung eines sogenannten Bereitstellungsraums für Pirmasens und Umgebung. Dies solle eine Sammelstelle für viele, oft überörtliche Einsatzeinheiten bei möglichen Großlagen darstellen. Auf diesem Areal könnten im Ernstfall besonders viele Kräfte koordiniert und zum Einsatz geschickt werden.

Ratsmitglied Tilly fragt an, ob ein Konzept für die Leistungsbezieher beim Jobcenter vorliege, um diese abzusichern. Weiterhin bittet er das Thema Fernwärme in einer der nächsten Sitzungen vorzustellen.

Bürgermeister Maas zeigt auf, hierzu finde man alle nötigen Informationen auf der Homepage.

Ratsmitglied Riehmer zeigt auf, in den Schulen seien keine Klimaanlage, aber Lüftungsanlagen vorhanden. Für diese Lüftungsanlagen müssten im Winter allerdings die Fenster geöffnet werden, wodurch die Klassensäle auskühlen und die Heizung höher eingestellt werden müsste. Sie bittet um Abklärung wie mit den Lüftungsanlagen im Winter umgegangen werden soll.

Bürgermeister Maas zeigt auf, für eine einheitliche Lösung solle mit dem Land gesprochen werden. Die Lüftungsanlagen würden jedoch nicht viel Strom verbrauchen.

Der Vorsitzende ergänzt, seitens des Landes gebe es noch keine feststehenden Pläne. Nach den Sommerferien könne nochmals ein Zwischenbericht erfolgen.

### **zu 11.2.2 Eilentscheidungen in der Sommerpause**

Bürgermeister Maas erklärt, in der Sommerpause müssten mehrere Eilentscheidungen getroffen werden. Für das Hugo-Ball-Gymnasium müssten die Auftragsvergaben für die Fenster und das Dach vergeben werden. Bei der Vergabe der Fenster liege man unter dem Kostenvoranschlag, bei dem Dach allerdings über dem Kostenvoranschlag. Weiterhin müssten weitere 7 Aufträge für die Berufsbildende Schule erfolgen.

### **zu 11.3 Anfragen der Ratsmitglieder**

#### **zu 11.3.1 Anfrage von Ratsmitglied Eschrich bzgl. "Energieversorgung, Preisentwicklung, Auskömmlichkeit staatlicher Hilfsmaßnahmen und sozialer Transferleistungen"**

Ratsmitglied Eschrich stellt die Anfrage (siehe Anlage 8 zur Niederschrift) vor.

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

#### **zu 11.3.2 Anfrage von Ratsmitglied Weiß bzgl. "Fahrbahnsanierung auf der B10"**

Ratsmitglied Weiß zeigt auf, aus der Presse habe er erfahren, dass der LBM die Fahrbahn auf der B10 erneuern möchte. Dadurch würden vier Auffahrten gesperrt. Hierdurch entstünden erhebliche Beeinträchtigungen für den Einzelhandel. Er bittet mit dem LBM Rücksprache zu halten, ob die Maßnahme in zwei Bauabschnitte aufgeteilt werden könnte.

Bürgermeister Maas sagt eine Rücksprache mit dem LBM zu.

#### **zu 11.3.3 Anfrage von Ratsmitglied Tilly bzgl. „Anmerkung zur Beantwortung der Anfrage „Fragen zur Stadtentwicklung: Kaufhallengelände, Happy Forrest Quarter, Masterplan 2015““**

Ratsmitglied Tilly verweist auf einen Fehler in der Beantwortung zur Anfrage „Fragen zur Stadtentwicklung: Kaufhallengelände, Happy Forrest Quarter, Masterplan 2015“. In dieser stehe auf Seite 7, dass aus der Interessensgemeinschaft „Schusterbrunnenquartier“ mittlerweile ein Verein geworden sei, dies sei allerdings nicht der Fall. Er bittet daher um Verbesserung der Beantwortung.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 17.30 Uhr.

Pirmasens, den 8. September 2022

gez. Markus Zwick  
Vorsitzender

gez. Anne Vieth  
Protokollführung